Schluss mit einer Vogel-Strauß-Politik – ja zum Angehen auch von strittigen Fragen und Mut zur reellen Politikgestaltung

Das Dossier FAGE erhitzt derzeit die Gemüter. Auf den ersten Blick mag der Eindruck entstehen, als handele es sich dabei vor allem um die Entscheidung eines weiteren Betriebs, seinen Antrag zur Ansiedlung einer Fabrik zurück zu ziehen, dies angesichts zu langwieriger Prozeduren sowie einer kontradiktorischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit.

Der Mouvement Ecologique ist jedoch der Überzeugung, dass FAGE symbolhaft für weitaus tiefgreifendere Probleme in der heutigen Politikgestaltung,im Speziellen im Spannungsfeld Ökonomie-Ökologie, steht.

- **Luxemburgs Umweltgesetzgebung ist veraltet! – Ohne kurzfristige Reformen ist weiteres Scheitern vorprogrammiert!**

  Während auch in Luxemburg über ein Klimaschutzgesetz kontradiktorisch diskutiert, das Pariser Klimabkommen unisono begrüßt wird und eine bemerkenswerte Einheit gegen Bolsonaro und Trump im Versagen im Klimaschutzbereich besteht und fast alle politischen Parteien „youth for climate“ unterstützen, gibt es im Gesetz betreffend die Betriebsgenehmigungen immer noch keine ausreichende Handhabung zur Regelung des Energieverbrauchs oder des CO2-Ausstoßes! Eine unhaltbare Situation in Zeiten, in denen neben dem Biodiversitätsverlust, der Klimaschutz als oberste gesellschaftliche Priorität anerkannt wird. Ebenso wenig wird der Ressourceninput oder die Frage der „Opportunität“ der Ansiedlung eines Betriebs thematisiert.
  Oder aber, obwohl eine Studie des Umweltministeriums eindeutig ergeben hat, dass die Wasserreserven nicht ausreichend sind für einen weiteren erheblichen Anstieg der Bevölkerungszahl und die weitere Ansiedlung wasserintensiver Betriebe (auch wenn Sparmaßnahmen getroffen werden), wird der Umgang mit der Begrenztheit dieser Ressource juristisch kaum geregelt.
  Dabei sind dies nicht die einzigen Unkohärenzen in Sachen Umweltgesetzgebung.
  Die derzeitige Gesetzgebung sieht z.B. im konkreten ausschließlich vor, die Zulassung eines Betriebs davon abhängig zu machen, ob er die „*meilleure technologie disponible*...“ anwendet oder nicht. Die Konsequenz: Es kann durchaus sein, dass zwar die bestmögliche Technologie

angewandt wird, der Betrieb trotzdem jedweden ökologischen Prinzipien widerspricht (z.B. Transport von Milch und Yoghurt um die halbe Welt), oder aber der Ressourcenverbrauch des Betriebs problematisch ist oder die Luftbelastung durch den weiteren Emittenten das ertragbare Maß übersteigt: sprich im Falle von Knauf die zulässige Luftbelastung, im Dossier Google oder FAGE der Verbrauch an Ressourcen, in diesem Falle die verfügbaren nationalen Wasserreserven.

Überfällig ist seit langem die Erstellung von Kriterien für die Zulassung eines neuen oder aber den Ausbau eines bestehendes Betriebs, die über die „*meilleure technologie disponible*" hinausgehen (zur Erinnerung, diese Erstellung wurde nicht zuletzt auch im Rahmen der „Knauf-Debatten" versprochen). D.h. Regeln, die es dem Gesetzgeber ermöglichen, aufgrund von nachvollziehbaren und objektiven Kriterien zu entscheiden, ob ein Betrieb unter Umständen trotz Respekt der bestmöglichen Technologie keine Genehmigung erhalten soll oder gewisse Einschränkungen / Vorgaben formuliert werden. Solche klaren Regeln sind auch im Interesse der potentiellen Investoren und dienen der notwendigen Transparenz der Entscheidungen.

Gleiches gilt für den **Nachhaltigkeitscheck**. Vor über 15 Jahren (!) stellte der Mouvement Ecologique dieses Konzept vor, die Einführung des Checks war Bestandteil von Koalitionsabkommen, in diversen Plänen (Klimaschutz) seit Jahren vorgesehen, der Nachhaltigkeitsrat mit einem Konzept befasst und und und. Geschehen ist nichts! Ein solches Instrument wäre ein Element einer nachhaltigen Standortpolitik und sollte somit vordringlich mit allen Akteuren diskutiert werden.

Gleiches gilt für das **Vorsorgeprinzip** (principe de précaution), das immer noch nicht in der Luxemburger Gesetzgebung verankert ist.

Diese Reformen dürfen nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden: Nachvollziehbare Kriterien für die zukünftige Ansiedlungspolitik (auch für die entsprechende Prospektion), der Nachhaltigkeitscheck, die Reform der Kommodo-Gesetzgebung, die juristische Verankerung des Vorsorgeprinzips... sind unumgänglich! Politik muss endlich Gestaltungsfähigkeit zeigen.

- ## Reelle Debatte über die Wirtschaftsentwicklung Luxemburgs im Rahmen von ökologischen Grenzen führen

„Grünes Wachstum" – „Umsetzung des Rifkin-Prozesses" sind das offizielle Mantra. Aber niemand weiss, was genau unter diesen Floskeln zu verstehen ist. Die Konsequenz: langatmige Streitigkeiten bei einzelnen Dossiers sind vorprogrammiert, eine unnötige Polarisierung von Meinungen entsteht. Vor allem aber hat dies zur Folge, dass angesichts einer fehlenden reellen Strategie eine ökologische Transition des Wirtschaftsmodells nicht mit der notwendigen Konsequenz in die Wege geleitet wird.

Welche Diversifizierung des Wirtschaftsstandorts ist reell anstrebenswert? In welche Cluster sollte verstärkt investiert werden? Welche Schritte sind geboten, um – wie aufgrund der Covid-Pandemie angekündigt – den Wirtschaftsstandort resilienter zu gestalten und unabhängiger

vom Weltmarkt? Wie können Lieferketten kürzer gestaltet werden?
Dabei führt kein Weg an einer gerechteren Organisation des Weltmarkts vorbei: was bedeutet diese Entwicklung für Luxemburg?

Und vor allem:

Inwiefern kann der Staat die Entwicklung des karbonfreien Wirtschaftsstandorts mit begleiten – diese Herausforderung ist gewaltig?! Wie kann die Wirtschaftspolitik angesichts der zunehmenden Ressourenknappheit umgestaltet werden? Welche Strategie drängt sich auf, um jene Sektoren zu begleiten, die vor weitgehenden Umbrüchen stehen, auch angesichts des *New Green Deal* (Luftfahrtsektor, Tanktourismus, Automobilsektor...)? Wie können die seit Jahren gepriesenen regionalen Wirtschaftskreisläufe reell gestärkt werden?

FAGE, Knauf, Google u.a.m. sind ein direkter Ausdruck dafür, dass diese Fragen nicht geklärt sind. **Dass der Vertreter des Staats (!) sogar vor Gericht anführt, der Wasser- und Energieverbrauch eines Betriebs würden als Betriebsgeheimnis gelten, spricht Bände, wie wenig die Notwendigkeit einer ökologischen Transition der Wirtschaft reell erkannt wird!**

Wie kann eine nachhaltige Wirtschaftspolitik Luxemburgs aussehen, die den Grenzen des Planeten reell Rechnung trägt und dabei nicht gleichzeitig auf die Ausnutzung der Ressourcen Dritter basiert!? Wie kann und muss der Strukturwandel staatlicherseits begleitet werden? Wann, wenn nicht jetzt, gehen wir diese Debatte an?

- ## Luxemburgs Wachstumsspirale stößt an ihre Grenzen! Und nun?

JEDER weiß, dass ein Sozialmodell, dessen Finanzierung auf dem Zwang einer massiven Zunahme von Arbeitsplätzen aufbaut, zum Scheitern verurteilt ist! Die Grenzen des Wachstums sind in den klassischen Themenfeldern Mobilität, Siedlung und Biodiversität längstens jedem bewusst. Aber nunmehr vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht auch offensichtlich wird, dass das Modell des Wachstums auch in anderen Bereichen nicht mehr aufgeht: sei es bei der Justiz, im Gesundheitswesen, der Bildungspolitik – all diesen Sektoren gelingt der Umgang mit der Wachstumsdynamik nicht mehr bzw. hier läuft Luxemburg der Entwicklung hinterher.

Kommt hinzu: auch in ökonomischen Kreisen geht man davon aus, dass die Covid-19 Pandemie nicht die Letzte war. Covid-19 brachte einen Wirtschaftseinbruch von mehreren Prozent. Niemand glaubt, dass weitere Pandemien wachstumsfördernd sein werden...

Trotz dem augenscheinlichen Handlungsbedarf, dass eine Reform der Finanzierung des Sozialsystems geboten ist und die Abhängigkeit vom Wachstumsmodell hinterfragt werden soll – oder zumindest eine ehrliche Debatte darüber geführt werden müsste, wie die Folgen bewältigt werden könnten – betreibt die Politik eine Vogel-Strauß-Politik und übertüncht reelle Zukunftsfragen mit Aussagen wie „grünes Wachstum"!

Die Debatte wie die Abhängigkeit, vor allem der Finanzierung des Sozialsystems vom

Wachstum, reduziert werden kann, muss nun erfolgen!

- **Eine reelle Politik der Gestaltung der Großregion ist geboten: Die Großregion als Trumpfkarte oder als Gefahr?**

Bedauert wird von einigen, dass sich Knauf und evtl. auch FAGE in der Großregion ansiedeln. Parallel aber finden Gipfel um Gipfel statt, in denen die Entwicklung der Großregion als Opportunität in die „Fensterscheibe“ gestellt wird. Sicherlich, Luxemburg soll Umweltbelastungen nicht noch stärker exportieren. Aber: diejenigen die FAGE und Knauf hoch loben, sprechen sich nicht gegen die Ansiedlung dieser Betriebe in der Großregion aus, weil sie dort Belastungen befürchten, sondern da sie den Verlust einer vermeintlichen „plus value“ in Luxemburg bedauern.

Fakt ist: Luxemburg zieht mittlerweile Grenzgänger aus nahezu 100 km Umland an. Fakt ist: Unser Bruttosozialprodukt liegt weit über jenem unserer Nachbarländer. Fakt ist: die negativen Auswirkungen des derart hohen Pendleraufkommens sind für alle erkennbar: Verkehrsinfrastrukturen, die der Entwicklung nicht hinterherkommen – lange Berufswege für die Arbeitnehmer*innen und entsprechender Verlust an Lebensqualität – verlorene Steuern für die Heimatgemeinden der Pendler*innen – Fragilität unserer Wirtschaftspolitik die ggf. zu sehr auf dem Reservoir an Grenzgängern aufbaut (cf. Covid-Erfahrungen)...

Warum muss Luxemburg weiterhin auf Teufel komm raus in Konkurrenz zu der Nachbarregion stehen? **DIESE** Nischenpolitik hat mittel-und langfristig keine Chance. Wäre es nicht an der Zeit reell zu diskutieren, welche Verteilung in der Großregion wirklich angestrebt wird? Wäre es nicht an der Zeit, den PIB-du-bien-être als reelles Messinstrument anzusehen und daraufhin vielleicht auch die „Verteilung“ wirtschaftlicher Aktivitäten in der Großregion anders zu werten?

- **„Stopp mat engem ontransparente Staat“**

Nur zur Erinnerung: Im Dossier „Becca – Livange“ der CSV-LSAP Regierung (2009 bis Oktober 2013) wurde der damaligen Regierung von den Oppositionsparteien (mehrheitlich heutige Regierungsparteien), nach Ansicht des Mouvement Ecologique zu Recht vorgeworfen, eine intransparente undemokratische Politik zu betreiben. U.a. sollte das damalige Abkommen zwischen Staat und Promotor offengelegt werden, so die damalige Forderung der Oppositionsparteien. Diese Divergenzen waren sogar Mitauslöser für den Sturz der damaligen Regierung. Und nun: der intransparente Umgang in Sachen Wirtschaftspolitik – und nicht nur in diesem Bereich - erlebt eine unrühmliche Fortsetzung!

Der vormalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider verkaufte FAGE das benötigte Areal – im Widerspruch zur generellen Vorgehensweise – statt es wie generell üblich mittels „bail emphythéotique“ zu vermieten. Mit oder ohne Zustimmung der Regierung, dies ist bis heute nicht klar...

Im Dossier Google seinerseits verhindert die Regierung mit allen Mitteln und recht strittigen „Argumenten“ die Veröffentlichung des „Memory of Understanding“ zwischen Regierung und Google, das gemäß der unabhängigen „Commission d’accès aux Documents“ durchaus öffentlich zugänglich sein sollte...
Stellt sich die Frage: Wo liegt das Problem?!

Wenn Wirtschaftsminister Franz Fayot – zu Recht – ausführt, in einem frühen Stadium eines Industrieprojekts müsste über dessen „Opportunität“ entschieden werden: wie soll dies bitte nachvollziehbar möglich sein, wenn wie im Falle Google, elementare Informationen, wie z.B. der Wasserverbrauch, als „geheim“ eingestuft werden? Wir sind gespannt auf das Urteil des Verwaltungsgerichts nächste Woche…

Oder aber: eine neue Hochspannungsleitung von CREOS scheint für die Energieversorgung von Google erforderlich. Wie integriert sich dieses Projekt in ein allgemeines nationales Energiekonzept?

Wirtschaftspolitik kommt wohl nicht ohne gewisse Absprachen zwischen Staat und Wirtschaftsakteur aus, die nicht sofort auf der „place publique“ ausgetragen werden können. Doch wo beginnen geheime Absprachen, und wo enden sie? Scheinbar wechseln Parteien ihre Einschätzung dieser Fragestellung mit der Tatsache, ob sie in der Regierungsverantwortung stehen oder nicht.

Doch die Frage des transparenten oder besser gesagt intransparenten Staats geht über diese wirtschaftspolitischen Absprachen und Abkommen hinaus: Luxemburg verfügt über ein Gesetz für eine „transparente Verwaltung“ („Loi du 14 septembre 2018 relative à une administration transparente et ouverte“), das seinem Namen in keinster Weise gerecht wird. Nicht ohne Grund führte der Mouvement Ecologique beim damaligen Votum an, das Gesetz käme vielmehr einem Informationsverhinderungsgesetz als einem Informationszugangsgesetz gleich. Zwei Jahre nach Verabschiedung sollte eine erste Bilanz der Umsetzung des Gesetzes gezogen werden....

In diese ganze Vorgehensweise reiht sich dann auch die Tatsache ein, dass die Regierung dem Mouvement Ecologique sogar das Klagerecht aberkennen will, wenn es im Dossier Google darum geht abzuwägen, ob Umweltaspekte ausreichend im Rahmen der PAG-Prozedur berücksichtigt wurden. Auch hier stellt sich die Frage: Was hat die Regierung zu befürchten, dass auf derartige Argumente zurückgegriffen werden muss? Und wie steht die Regierung zur Zivilgesellschaft, wenn einem Mouvement Ecologique in derartigen Fragestellungen das Klagerecht aberkannt werden soll?

Erachtet der Staat eine offensive Informationspolitik gerade auch in Fake-News Zeiten als Instrument eines aufgeklärten Staats, oder wird ein/e interessierte/r Bürger*in weiterhin als potentieller Problemfall angesehen?

Akzeptanz für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen wird es nur dann geben,

wenn Fakten offengelegt werden! Der Mouvement Ecologique erwartet z.B., stellvertretend für andere Reformen, im konkreten die Offenlegung des MoU in Sachen Google; eine Debatte darüber, wie in Zukunft Industriedossiers transparenter angegangen werden; eine Reform des „Informationsverhinderungsgesetzes"; die Offenlegung einer Strategie wie die Energieversorgung Luxemburgs aussehen soll, statt einer phasenweisen Vorstellung einzelner Trassen; eine klare Verankerung des Klagerechts... und vor allem eine reelle demokratische Politikgestaltung.

- **Konflikten und strittigen Diskussionen nicht mehr aus dem Weg gehen!**

Die Polarisierung in den Dossiers FAGE, Google u.a.m. ist letztlich das Resultat einer Politikform, die sich durch eine Art Vogel-Strauß-Verhalten auszeichnet: wenn es gilt, auch kontradiktorisch zu diskutieren, Werte auszutarieren, Dissense offen und sachlich auszutragen… fehlt dazu der politische Mut und überfällige Entscheidungen im Sinne einer langfristigen, nachhaltigen Politikgestaltung werden so ausgesetzt.

Neben dem wirtschaftspolitischen Bereich lässt sich dies auch in anderen Bereichen feststellen:

- Bereits unter der vorherigen Regierung wurde eine **große Steuerreform** versprochen. Sie wurde mit dem Argument, die Zeitspanne hierzu wäre zu kurz gewesen, eine „korrekte" Vorarbeit sei nicht möglich gewesen, nicht angegangen. Nun scheint sie erneut auf wackeligen Füßen zu stehen. Erfolgt sie? Was ist geplant? Wo wird was diskutiert? Inwiefern werden auch Nachhaltigkeitsaspekte einfließen? Gibt es z.B. auch Berechnungen darüber, welches die Auswirkungen einer wie auch immer gearteten CO2-Steuer wären, sei es auf die Privathaushalte, Betriebe, den Klimaschutz ... und wie könnten ggf. soziale Ausgleichsausmaßnahmen aussehen? All jene Fakten sind unbekannt.
Dabei ist eine solche, auch nachhaltige Steuerreform, essentiell, um soziale und ökologische Herausforderungen anzugehen.
- Ein weiteres Beispiel in diesem Sinne ist das **Klimaschutzgesetz**. In einer ersten geleakten Fassung war vorgesehen, dass Ziele für die einzelnen Sektoren festgelegt werden sollen (Landwirtschaft, Mobilität, Wirtschaft...) und im Falle des Nichterreichens dieser festgelegten Ziele durch einen Sektor (Landwirtschaft, Mobilität, Wirtschaft...) umgehend analysiert werden müsse, woran das Umsetzen dieser Ziele scheiterte und welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Da scheinbar noch kein wirklicher Konsens zu bestehen scheint, welcher Sektor denn nun reell mit welchen Instrumenten welche Ziele erreichen soll, wurde diese Bestimmung phasenweise immer mehr verwässert, so dass der nun vorliegende Gesetzesentwurf in dieser so wichtigen Frage sehr vage bleibt. Die Konsequenz: Streitpunkte werden in die Zukunft verlagert...

- Ein anderes markantes Dossier: die bereits mehrfach versprochene **Studie über „kontraproduktive" staatliche Subventionen**. In derartigen Studien, die es bereits in zahlreichen Staaten gibt, wird analysiert, inwiefern der Staat Gelder investiert, die ggf. schädlich für das Gemeinwohl sind (z.B. zur Umweltbelastung beitragen) oder die erwarteten Resultate nicht

erreicht werden. In Deutschland wird z.B. von Milliarden fehlinvestierter Gelder gesprochen. Eine diesbezügliche Analyse der Subventionen in Luxemburg wird seit Jahren, ja Jahrzehnten versprochen, erstmalig wurde sie in den 90er Jahren im Koalitionsabkommen angeführt!!! Warum liegt sie, gerade jetzt in problematischen budgetären Zeiten, immer noch nicht vor?

- Weiteres Beispiel: der **„PIB du bien être“**: An diesem arbeiten sich seit über 10 Jahren diverse Akteure ab: Nachhaltigkeitsrat, Statisches Amt.... Seine Bedeutung wird zwar gebetsmühlenartig angeführt, in Wirklichkeit aber spielt dies absolut keine Rolle, weiterhin steht ausschließlich das klassische „produit national brut“ als Abgott im Vordergrund!

  Luxemburg braucht endlich eine offenere Politikgestaltung, in welcher unterschiedliche Meinungen und Überzeugung und grundlege Fragen einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung kontradiktorisch ausgetragen und nicht immer wieder vertagt werden. Der „Weg ist das Ziel“: dies gilt auch und im Besonderen, wenn es darum geht, gesellschaftliche Lehren aus der Covid-, Klima- und Biodiversitätskrise zu ziehen… -auch im Interesse einer ökologischen Transition unserer Wirtschaft und der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Eng positiv Entwécklung vum Land ugoen!

Gemäß einer ILRES-Umfrage, die im Auftrag des Mouvement Ecologique durchgeführt wurde, erwarten sich mehr und mehr Menschen einen gesellschaftlichen Wandel.

66% der über 1000 Befragten gaben an „Elo ass de Moment fir grondsätzlech Changementer“ in unserem Gesellschaftsmodell! Sogar 71% treten für eine Reform des Wirtschaftssystems ein.

Covid-19 hat zudem gezeigt, dass Bürger*innen durchaus politische Akteure zu schätzen wissen, die bereit sind Entscheidungen zu treffen!

Wann demnach, wenn nicht jetzt, sollen die wirklich wichtigen Fragen der Zukunftsgestaltung angegangen und Chancen ergriffen werden!?

Die Zeiten müssen vorbei sein, in denen ein ganzes Land über eine Anfrage zur Zu- oder Nichtzulassung eines Betriebs streitet.

Politik braucht Zukunftsbilder, eine Thematisierung der reellen Probleme, Richtlinien statt allgemeiner pauschalierender nichtssagender „Floskeln“ und dem Aufschieben von wichtigen Dossiers.